

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig gibt bekannt, der Schulträgerausschuss habe die Angelegenheit ohne Beschlussempfehlung weitergeleitet.

Rm Honsdorf (CDU) legt dar, die CDU-Ratsfraktion halte einen Schulweg von beispielsweise 3,5 Kilometern Länge ohne Benutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels für unzumutbar. Nach der Regelung des Schulgesetzes sei ein solcher auch dann unzumutbar, wenn er besonders gefährlich sei. Er fragt sich, ob man nicht anstelle einer Einzelfallprüfung davon ausgehen könne, dass ein Schulweg von zwei beziehungsweise vier Kilometern durch das Stadtgebiet grundsätzlich für Schüler besonders gefährlich sei. Koblenz sei eine Bildungsstadt und beteilige sich bei den aus dem Umland kommenden Schülerinnen und Schülern an den Kosten der Schülerbeförderung. Nun aber solle diese für einen Großteil der Koblenzer Schülerinnen und Schülern gestrichen werden. Dies belaste die Familien, deren Eltern nun die Kosten für die Fahrkarten alleine tragen müssten. Daher stimme die CDU-Fraktion gegen die Beschlussvorlage.

Der Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Wiechmann führt an, dass die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen die Vorlage ablehnen werde, da der Landesgesetzgeber aufgrund eines Gerichtsurteils eine Reform der Schülerbeförderung anstrebe. Diese sei abzuwarten, um darauf reagieren zu können, auch wenn dies dann erst im darauf folgenden Schuljahr umsetzbar sei.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig merkt an, dass eine Ablehnung des Beschlussentwurfes bedeute, dass eine Einsparmaßnahme nicht greife, die lediglich einen privilegierten Rechtszustand in Koblenz zugunsten des Landesrechtes aufhebe. Man könne nicht den Haushalt ablehnen und dann nicht einmal über das Landesrecht hinausgehende Leistungen einstellen. In Einzelfällen könne man ohnehin im Rahmen des Landesrechtes Ausnahmeregelungen vornehmen. Im Übrigen habe der Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Wiechmann Recht, dass eine jetzige Ablehnung eine endgültige Ablehnung für das kommende Schuljahr 2011/2012 bedeute.

Rm Langner (SPD) erklärt, dass die SPD-Ratsfraktion der Beschlussvorlage ebenfalls nicht zustimmen werde, da, wie erwähnt, Veränderungen der Landesgesetzgebung zu erwarten seien. Ferner belaste ein solcher Beschluss ausschließlich die Familien in Koblenz, während Schüler aus dem Umland bezuschusst würden.

Rm Honsdorf (CDU) wiederholt, dass ein Schulweg von 4 Kilometern durch das Stadtgebiet besonders gefährlich sei und dass Eltern nach wie vor Schülermonatskarten erwerben würden, nun aber ohne einen städtischen Zuschuss.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig betont, dass dies beabsichtigt wäre, da deshalb die KEVAG keine Einbußen durch geringere Verkaufszahlen zu befürchten hätte. Es fiele lediglich eine über das Landesrecht hinausgehende Privilegierung weg.

Rm Wefelscheid (BIZ) erinnert daran, dass im Rahmen der Aufgabenkritik zur Haushaltskonsolidierung Einsparmaßnahmen stets schmerzhaft seien. Konsequenterweise werde die BIZ-Fraktion daher dem Vorschlag zustimmen.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke gibt bekannt, die FBG-Fraktion werde der Beschlussvorlage ebenfalls zustimmen, da eine Härtefallregelung vorgesehen sei.